

Bitte vollständig in Blockschrift
ausfüllen! Zutreffendes bitte ankreuzen!

Antrag auf Erteilung Kleiner Waffenschein gem. § 10 Abs. 4 WaffG zum Führen von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen

1. Personalien des Antragstellers/der Antragstellerin

Familienname, ggf. Geburtsname, Vorname		
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Land	E-Mail-Adresse
Anschrift/gewöhnlicher Aufenthaltsort (Straße, HNr., PLZ, Ort)		Telefon
Aufenthaltsort(e) in den letzten 10 Jahren (Zeitraum - Aufenthaltsort)		

2. Weitere Hinweise zum Antrag

- Der kleine Waffenschein berechtigt nicht zum Schießen mit Schreckschusswaffen.
- Es dürfen nur Schreckschusswaffen mit dem Beschusszeichen PTB im Kreis erworben werden.



- Der kleine Waffenschein wird mit der Auflage erteilt, dass diese Waffen nur verdeckt geführt werden dürfen.
- Der Kleine Waffenschein wird erst nach durchgeföhrter Zuverlässigkeitssprüfung erteilt. In regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch nach Ablauf von drei Jahren, sind Inhaber*innen einer waffenrechtlichen Erlaubnis erneut auf ihre Zuverlässigkeit und ihre persönliche Eignung zu überprüfen. Für diese Überprüfung wird nach heutigem Stand eine Bearbeitungsgebühr von 25,00 Euro erhoben.
- Das Merkblatt zur Erteilung eines Kleinen Waffenscheins habe ich gelesen und zur Kenntnis genommen.

3. Erforderliche Unterlagen

Kopie des Personalausweises/Reisepasses liegt anbei wird nachgereicht

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Über den Antrag kann nur entschieden werden, wenn Sie alle Fragen vollständig beantworten und wahrheitsgemäße Angaben machen sowie die erforderlichen Unterlagen und Nachweise vorlegen. Die Kenntnis Ihrer Angaben ist zur Bearbeitung Ihres Anliegens erforderlich. Zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten finden Sie Informationen auf der Homepage des Landkreises Göppingen, Rechts- und Ordnungsamt, Abteilung Ordnung und besonderes Polizeirecht. Auf Wunsch übersenden wir Ihnen diese Informationen gerne auch in Papierform.

Ich versichere die Vollständigkeit und Richtigkeit der vorstehenden Angaben.
Mir ist bekannt, dass bewusst falsch gemachte Angaben zur Versagung der beantragten Erlaubnis oder zur Rücknahme der bereits erteilten Erlaubnis führen können.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift Antragsteller/-in